



Leitlinien für die Zusammenarbeit der Katholischen Kirche in Österreich mit den Partnerinnen und Partnern in der „Dritten Welt“

Inhalt

Vorwort

Leitlinien

1. WAS uns zum Handeln motiviert:

Die befreiende Botschaft des Evangeliums

- 1.1 **Einer "integralen Evangelisierung" verpflichtet**
- 1.2 **Inkulturation und interreligiöser Dialog**
- 1.3 **Diakonie: vom Almosengeben zur sozialen Gerechtigkeit**
Vorrangige biblische Option für die Armen
Abbau der "Strukturen der Sünde"
Eine solidarische und prophetische Kirche

2. WOVON wir ausgehen:

Unsere Sicht der Welt am Ende der neunziger Jahre

- 2.1 **Die "neue Weltordnung"**
- 2.2 **Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung**
Globalisierung und neoliberales Wirtschaftsmodell
Wirtschaftswachstum und Ressourcenverschwendung
Die Verschuldung der "Dritten Welt"
Von der Verarmung in die Verelendung
Bevölkerungswachstum und Migration
- 2.3. **Das Auftreten neuer nationaler und internationaler Gestaltungs-
kräfte**
Das Versagen internationaler politischer Instanzen
Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen
Nichtregierungsorganisationen (NRO) als neue Kraft
- 2.4 **Weltanschaulicher Wandel**
Die mediengelenkte Gesellschaft
Orientierungslosigkeit und kulturelle Entwurzelung
Religion und neue Religiosität
Von der "Westkirche" zur Weltkirche
- 2.5 **Österreich und die "Dritte Welt"**

3. WELCHE Grundsätze wir haben:

Entwicklungspolitische Leitgedanken

- 3.1 **Das Ziel der Entwicklung**
- 3.2 **Der koordinierte arbeitsteilige Ansatz**
- 3.3 **Das Konzept einer "nachhaltigen Entwicklung"**
- 3.4 **Gleichwertigkeit von Frau und Mann**
- 3.5 **Hilfe zur Selbsthilfe**
- 3.6 **Handeln aus der Kraft der Gewaltfreiheit**
- 3.7 **Partnerschaft, Partizipation und Subsidiarität**
- 3.8 **Projekt- und programmorientierte Zusammenarbeit**
- 3.9 **Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit sowie Anwaltschaft und Lobbyarbeit**

4. WAS wir erreichen wollen:

Ziele unserer "Dritte Welt"-Arbeit

In der Entwicklungszusammenarbeit

In der Katastrophen- und Nothilfe

In der pastoralen Zusammenarbeit

In Bildungs- und Informationsarbeit sowie Anwaltschaft und Lobbyarbeit

5. WIE wir es erreichen wollen:

Maßnahmen unserer "Dritte Welt"-Arbeit

5.1 Maßnahmen in Österreich:

In der Mittelaufbringung und der Projektarbeit

In der Bildungs- und Informationsarbeit

In Anwaltschaft und Lobbyarbeit

5.2 Maßnahmen in der "Dritten Welt":

In der Entwicklungszusammenarbeit

In der Katastrophen- und Nothilfe

In der pastoralen Zusammenarbeit

6. MIT WEM wir zusammenarbeiten:

Die Partnerinnen und Partner unserer "Dritte Welt"-Arbeit

Partnerinnen und Partner als Träger ihrer Entwicklung

Katholische Ortskirchen

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Nichtregierungsorganisationen und öffentliche Stellen in der "Dritten Welt"

Öffentliche Stellen in Österreich und internationale Organisationen

Nichtregierungsorganisationen in Österreich

7. WAS wir von uns selbst erwarten:

Anforderungen an uns und unsere Arbeit

Anhang

- 1 Fußnoten
- 2 Sozialdokumente
- 3 Liste der Diskutanten

Vorwort

1979 hat eine Arbeitsgruppe der Koordinierungsstelle die Ziele, Grundsätze und Maßnahmen für ihr zukünftiges entwicklungspolitisches Handeln in einem Dokument zusammengefaßt, das Anfang 1980 unter dem Titel "Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich" von der Koordinierungsstelle veröffentlicht wurde. 10 Jahre später begannen erste Überlegungen über eine Neufassung dieses Dokuments, da die Veränderungen in der Welt und in der Weltkirche dies nahelegten. Nach mehreren Teilentwürfen und ihrer Diskussion in verschiedenen Gremien der Koordinierungsstelle wurde 1994 ein erster durchgehender Entwurf fertiggestellt, der auch ins Englische, Französische und Spanische übersetzt wurde. Dann wurde dieser Entwurf an Partnerorganisationen und an andere Experten in Österreich, Afrika, Asien und Lateinamerika mit der Bitte um inhaltliche Kommentare geschickt. Ein Großteil der Angeschriebenen sandte schriftliche Reaktionen (siehe Anhang 3), und mehr als 120 Seiten Kommentare wurden vom Redaktionsteam durchgearbeitet und vieles davon berücksichtigt. Der vollkommen überarbeitete erste Entwurf wurde im Rahmen der Koordinierungsstelle einer intensiven Diskussion unterzogen. Schließlich wurde in der Vollversammlung und der Leitung der Koordinierungsstelle eine Fassung beschlossen, die der Österreichischen Bischofskonferenz vorgelegt und von dieser in ihrer Herbstsitzung 1996 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Die vorliegende Fassung ist das Ergebnis einer nochmaligen, rein sprachlichen Überarbeitung des inhaltlich genehmigten Textes.

Zusätzlich zu den eben erwähnten konkreten schriftlichen Kommentaren wurden zur Erarbeitung der "Leitlinien" zahlreiche einschlägige kirchliche und nicht-kirchliche Veröffentlichungen herangezogen. Vor allem die Sozial- und Missions-Enzykliken Papst Johannes Paul II und einschlägige Texte verschiedener nationaler Iustitia et Pax-Kommissionen sowie von Schwesterorganisationen der Koordinierungsstelle, die in der CIDSE zusammenarbeiten, dienten der Vorbereitung des ersten Text-Entwurfes. Teile der Endfassung wurden durch Fußnoten in Zusammenhang mit wichtigen kirchlichen Dokumenten gebracht (siehe Anhang 1 und 2).

Die "Leitlinien" dokumentieren vor allem die gemeinsamen Motive, Ziele und Maßnahmen der Mitgliedsorganisationen der Koordinierungsstelle in ihrer Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partner in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien. Sie zeigen, welche grundsätzlichen Überlegungen hinter der

konkreten Projektarbeit im Süden und in Österreich bzw. hinter der Bildungsarbeit und Anwaltschaft in Österreich stehen. Es soll hier aber betont werden, daß der Text ein Leitbild für die konkrete Arbeit darstellt, das in manchen Arbeitsbereichen erst verwirklicht werden muß.

Im Gegensatz zur "Entwicklungspolitik" von 1980 wollen die "Leitlinien" von 1997 die gesamte Spannweite der Tätigkeiten der Mitgliedsorganisationen der Koordinierungsstelle in der Entwicklungszusammenarbeit, in der pastoralen Zusammenarbeit und in der Katastrophenhilfe erfassen. Das entspricht den verschiedenen Funktionen der Katholischen Kirche in Österreich in ihrem Dienst an der materiellen und spirituellen Entwicklung der Schwestern und Brüder in Österreich und in anderen Teilen der Welt.

Seit der Veröffentlichung der "Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich" haben sich die strukturellen Rahmenbedingungen nur in wenigen Teilen des Südens verbessert. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist noch tiefer geworden, die Ungleichheit der Entwicklungschancen ist für hunderte Millionen von Menschen noch immer traurige Realität. Für die christlichen Kirchen ist diese Situation ein Skandal, dem sie nicht tatenlos gegenüberstehen können. Angesichts der rasanten Globalisierung, die überwiegend eine Nord-Süd-Dynamik aufweist, wird in den Industrieländern eine Politik immer notwendiger, die nicht die eigene Entwicklung zu Lasten der anderen Weltregionen forciert, sondern die Ausrottung der Armut und eine nachhaltige Entwicklung für alle Menschen dieser Erde zum Ziel hat. Die christlichen Kirchen, aber auch die anderen großen Religionsgemeinschaften, müssen vermehrt für diese Anliegen eintreten.

Die "Leitlinien" sind zu allererst solche für die Mitgliedsorganisationen der Koordinierungsstelle. Sie sollen aber auch Richtschnur für die vielfältigen "Dritte Welt"-bezogenen Aktivitäten auf allen Ebenen der Katholischen Kirche in Österreich sein. Darüber hinaus sollen die "Leitlinien" den Ausgangspunkt für einen verstärkten Dialog mit anderen Kirchen und mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen darstellen. Ziel ist eine Verbesserung des gemeinsamen Handelns für eine menschenwürdige Zukunft für alle Menschen.

Wien, im Juli 1997

Weihbischof Dr. Heinrich Fasching
Vorsitzender der Koordinierungsstelle
Referent für Entwicklungszusammenarbeit und
Mission in der Österreichischen Bischofskonferenz

1. WAS uns zum Handeln motiviert:

Die befreiende Botschaft des Evangeliums 1)

1.1 Einer "integralen Evangelisierung" verpflichtet

Gottes Geschichte mit den Menschen will ein Bund des Lebens sein. Die Frohbotschaft von diesem "Gott des Lebens" in der Bibel ist Verheißung und Hoffnung für alle Menschen. Gott gibt sich als der Befreier zu erkennen, der mit dem geknechteten Volk solidarisch ist und auf der Seite der Armen steht. Die Propheten Gottes verstehen vor allem die Gerechtigkeit gegenüber den Armen als den wahren Gottesdienst.

Die Katholische Kirche leitet ihre weltweite Sendung aus dem Glauben an Jesus Christus her, der gekommen ist, damit wir "das Leben haben und es in Fülle haben" (Joh 10, 10). Er ist gesandt, den Armen eine gute Nachricht zu bringen (vgl. Lk 4,18) 2). Jesu Ansage dieses "Reiches Gottes" läßt die Welt und ihre Verhältnisse nicht wie sie sind. Darum verbindet er den Ruf, an dieses Reich zu glauben, mit dem Appell zur Umkehr. Sie ist nicht bloß eine individuelle Bekehrung, sondern die Einladung, als seine Jüngerinnen und Jünger am Aufbau dieses Reiches in allen seinen Dimensionen weltweit mitzuwirken. Das Evangelium war daher in der Geschichte der Menschen ein Ferment der Freiheit und des Fortschritts.

Neben Gerechtigkeit und Frieden tritt heute auch die ökologische Dimension stärker ins Bewußtsein. Deshalb gilt es zu lernen, daß die Schöpfung und alles, was lebt, einen gottgewollten Eigenwert besitzt und nicht allein zum Nutzen des Menschen da ist. "Der Ideologie eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums durch willkürliche Ausbeutung der Natur ist die Ehrfurcht vor der und die Verantwortung für die Schöpfung entgegenzusetzen." 3)

Die Katholische Kirche versteht ihre Aufgabe als Dienst am Reich Gottes. 4) Diese "integrale Evangelisierung", der sie sich verpflichtet weiß, umfaßt Grundfunktionen wie den Dienst am Nächsten (Diakonia), die Verkündigung (Kerygma), den Gottesdienst (Liturgia), das Zeugnis (Martyria) und den Aufbau der Gemeinschaft (Koinonia). Diese sind engstens miteinander verbunden und ergeben erst zusammen ein lebendiges Bild des "Reiches" unter den Menschen.

Immer wieder haben Menschen durch die Jahrhunderte in allen Teilen der Welt die Frohe Botschaft in Wort und Tat verkündet. Durch ihre Schulen, Spitäler und andere Sozialwerke standen auch Missionarinnen und Missionare seit jeher im Dienste des Menschen. Wir müssen allerdings bekennen und bedauern, daß auch viele Fehler begangen

worden sind und die Verkündigung des Evangeliums auch anderen Interessen gedient hat. 5)

1.2 **Inkulturation und interreligiöser Dialog**

Im Anschluß an das Zweite Vatikanische Konzil wurde besonders auf der Welt-Bischofssynode 1974 über die Evangelisierung verstärkt die Forderung nach der Inkulturation des Glaubens erhoben. Es handelt sich dabei um ein bewußtes Anerkennen der Werte der jeweiligen Kultur und der Möglichkeit einer Evangelisierung, die auf die Verschiedenheit kultureller Ausformungen hin offen ist. 6) Heute bemühen sich Ortskirchen auf der ganzen Welt um eine authentische Inkulturation der Botschaft Jesu. Ihr Ausgangspunkt ist die Hochschätzung der Glaubens- und Sinngebungstraditionen der Völker. 7)

In den christlichen Gemeinschaften, die Träger der Evangelisierung und damit auch der Inkulturation sind, kann das Evangelium im Dialog mit der jeweiligen Kultur seine volle Lebendigkeit entfalten, wobei es auch zu einer gegenseitigen Bereicherung kommen kann. Allerdings waren bisher aufgrund der Sorge um die Einheit und die Unverfälschtheit der Lehre den Ortskirchen als Subjekten ihrer Evangelisierung bei der Inkulturation enge Grenzen gesetzt.

1.3 **Diakonie: vom Almosengeben zur sozialen Gerechtigkeit**

Durch die Jahrhunderte begegnete die Kirche den Armen und Nettleidenden durch Caritas und Diakonie. Obwohl sie immer versucht hat, den Armen zu helfen, wurde von ihr der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit zu wenig berücksichtigt. Die Ursachen von Armut und Elend blieben meist unangestastet.

Im vergangenen Jahrhundert rückte die soziale Frage stärker ins Bewußtsein und in die Verantwortung der Kirche. Das führte zum Entstehen der Katholischen Soziallehre und zur ersten Sozialenzyklika. 8)

Inspiziert durch diese Katholische Soziallehre und die soziale und pastorale Praxis, kam es zu einer Wende in der Sicht des Armen: Das kirchliche Engagement sah jetzt im Armen nicht mehr bloß ein Objekt des Mitleids und der Fürsorge, sondern erkannte die Notwendigkeit, den Armen die Selbsthilfe auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene zu ermöglichen. Im Zuge der Reformprozesse des Zweiten Vatikanischen Konzils wurde sich die Kirche wieder stärker bewußt, daß diese Sicht mit dem biblischen Konzept von der Befreiung der Armen übereinstimmt: Die Armen werden als Subjekte der Heilsgeschichte gesehen. Diese Sicht erfordert auch, sich die Perspektive der Opfer von

Unterdrückung und Armut zu eigen zu machen und für strukturelle Veränderungen einzutreten. Ein solcher Blickwinkel setzt die Haltung der christlichen Nächstenliebe voraus, bereichert sie aber um Gerechtigkeitsdenken und Solidarität.

Vorrangige biblische Option für die Armen

Diese Überlegungen wurden in den Ländern der "Dritten Welt"*¹⁾ weiter entwickelt und konkretisiert und fanden - insbesondere in den Dokumenten der latein-amerikanischen Bischofskonferenzen von Medellin (1968) und Puebla (1979) - im Herausstellen der "vorrangigen biblischen Option für die Armen" ihren Niederschlag. Sie ist auch in der Kirche des Nordens anerkannt und u.a. im Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs (1990, Nr.125) verankert.

Die Auseinandersetzung mit Armut und Unterdrückung in der Welt nötigt zu einer eingehenden Besinnung auf die Frage, welche historischen, politischen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Gründe es für das globale Unrecht gibt. Als Menschen und Christen der "Ersten Welt" müssen wir uns bewußt sein, daß die europäische Expansions- und Kolonialisierungspolitik sowie bestimmte Formen der Missionierung vergangener Jahrhunderte für die heutige Misere in den "Ländern des Südens" mitverantwortlich sind. Auch wenn wir selbst an der Ausrottung, Verarmung und Entfremdung der Völker der "Dritten Welt" nicht persönlich schuldig geworden sind, so sind wir doch Nutznießer der Früchte der jahrhundertelangen kolonialen Ausbeutung und tragen Mitverantwortung dafür, daß sich diese Unheilsgeschichte wendet.

Abbau der "Strukturen der Sünde" 9)

Evangelisierung in der Welt von heute kann sich nicht mehr - wie meist in früheren Jahrhunderten - vorwiegend als Dienst am Seelenheil des Einzelnen verstehen, sondern muß auch die Strukturen beim Namen nennen, die im Gegensatz zum Heilsplan Gottes stehen und für die einen Wohlstand und Reichtum, für die anderen Elend und Tod bringen. Infragezustellen sind vor allem auch das Konzept eines sich selbst regulierenden Marktes und die Ideologie der kompromißlosen Konkurrenz, aber auch das immer exzessivere Konsumverhalten: Sie vermitteln eine götzendienerische Vision von einem Leben in Reichtum und Macht. Wir müssen

*) "Dritte Welt" und "Entwicklungsländer" bzw. "Länder des Südens" und "Süden" sind Ausdrücke, die hier nur wegen ihrer Kürze und ihres Bekanntheitsgrades an Stelle von "Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Ozeaniens" verwendet werden. Sie legen keinerlei wie immer geartete Bewertung nahe.

uns der strukturellen "Sündhaftigkeit" einer solchen Wirtschafts- und Lebensweise bewußt werden und uns gegen ein System wenden, das den Tod von Millionen Armen bewußt in Kauf nimmt.

Eine solidarische und prophetische Kirche

Angesichts des dramatischen Konflikts um die Verteilung von Gütern und Lebenschancen zwischen "Erster" und "Dritter Welt" sind ganz besonders wir Christen zur Umkehr und zum solidarischen Handeln zugunsten der Armen aufgerufen. 10) Im Sinne eines neuen Selbstverständnisses des Christseins müssen wir die allgemeinpolitische und gesellschaftliche Dimension unseres Glaubens wiedergewinnen. Einem Christsein, das nicht für die grundlegenden Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Verantwortung für die Schöpfung hellhörig ist, mangelt der prophetische Kern der biblischen Heilserfahrung.

Viele kirchliche Gemeinschaften in der "Dritten Welt" haben den Kern der Frohbotschaft auf lebendige Weise neu entdeckt. Durch ihre Basisgemeinden, durch eine volksnahe Bibelbewegung, durch Mithilfe im Friedens- und Demokratisierungsprozeß, durch die Rückbesinnung auf die eigenen kulturellen Wurzeln, durch den Dialog mit anderen Religionen und durch ihr soziales Engagement haben sie ihren Evangelisierungsauftrag von den Armen her neu entdeckt. Sie geben durch ihren täglichen Kampf um Leben und Gerechtigkeit der ganzen Welt ein nachahmenswertes Beispiel.

2. WOVON wir ausgehen:

Unsere Sicht der Welt am Ende der neunziger Jahren

2.1 Die "neue Weltordnung"

Die Welt am Ende der neunziger Jahren, die das politische, wirtschaftliche und soziale Umfeld für jegliche Entwicklungspolitik und alle konkreten Entwicklungsmaßnahmen darstellt, steht im Zeichen der Weichenstellungen für eine "neue Weltordnung". An die Stelle der bis Ende der achtziger Jahre bestimmenden Ost-West-Konfrontation und der mit ihr verbundenen Weltpolitik ist die Tendenz zu einer einheitlich marktwirtschaftlichen, globalen Politik getreten. Diese ist zwar in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt, wird aber insgesamt vorrangig von ökonomischen Erwägungen und Interessen geleitet. Der Trend zu regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen hat bisher zur Bildung von drei regionalen, zueinander in Konkurrenz stehenden Wirtschaftszentren geführt (EU, NAFTA/USA, Japan/Südostasiatischer Raum). Länder, die nicht im Einzugs- oder Interessensbereich eines dieser Zentren liegen, drohen in eine strukturelle Marginalität und

Verelendung abgedrängt zu werden (insbesondere in Afrika südlich der Sahara).

2.2 Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung

Globalisierung und neoliberales Wirtschaftsmodell

Der Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" führte zur Durchsetzung der Marktwirtschaft in Verbindung mit der Globalisierung der Märkte. Sie läuft auf eine Liberalisierung der nationalen Volkswirtschaften und damit auf ein Zurückdrängen der Nationalstaaten und ihrer politischen Kontrolle hinaus. Die neoliberale Marktwirtschaft wird zum vorherrschenden Instrument wirtschaftlicher Entwicklung, wobei die Industrieländer durch ihr technologisches und wirtschaftliches Potential und auch durch ihr Entwicklungskonzept weiterhin die Weltwirtschaft dominieren. Internationale Unternehmen bestimmen, wo, wann und was für den Weltmarkt produziert wird. In der Praxis trägt das neoliberale Wirtschaftsmodell weltweit zur Vergrößerung der Kluft zwischen arm und reich bei. In der "Dritten Welt" vergrößert der ungebremsste Kapitalismus das Ungleichgewicht zwischen einer Minderheit der staatstragenden Eliten und den wachsenden Massen, denen Land, Arbeit, Einkommen und politische Teilhabe vorenthalten werden. Insgesamt tragen die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich zur Marginalisierung eines großen Teils der "Dritten Welt" bei. Gleichzeitig koppelt sich die Wirtschaft immer mehr von der vorrangigen Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse ab.

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank fördern die ökonomische Liberalisierung im Süden über wirtschafts-politische Reformpakete ("Strukturanpassungsprogramme"), die bisher für die wirtschaftlich Schwachen eher die Armut verstärkten statt ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Die nationale Politik verliert immer mehr die Möglichkeiten, selbst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen festzulegen. Aber auch dort, wo noch ein Handlungsspielraum möglich ist, haben die nationalen Entscheidungsträger in den "Entwicklungsländern" vielfach nicht die Verbesserung der Lebensbedingungen der ärmsten Bevölkerungsgruppen im Auge.

Trotz des Wirtschaftswachstums haben sich Erwerbslosigkeit, Unterbeschäftigung und Unterbezahlung im Süden weiter verbreitet und führen zunehmend zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen (mit ähnlichen Tendenzen im Norden). Vor allem durch die Zunahme der Automatisierung ist quantitatives Wirtschaftswachstum nicht mehr automatisch mit der Schaffung oder zumindest Erhaltung von Arbeitsplätzen verbunden.

Wirtschaftswachstum und Ressourcenverschwendung

In ökologischer Hinsicht wächst die Erkenntnis, daß die industrielle Wirtschaftsweise in ihrer heutigen Form nicht auf die ganze Welt ausgedehnt werden kann. Die Produktivitätssteigerung beruht zu einem nicht geringen Teil auf dem Einsatz von nicht erneuerbaren Energieträgern. Der "Raubbau" an diesen und anderen Ressourcen hat zahlreiche ökologische Schäden und Risiken zur Folge. Die Tragfähigkeit des Öko-Systems der Erde ist überfordert. Der Norden ist Hauptverursacher der globalen ökologischen Probleme. Im Süden vermehren die Bemühungen um die Erhöhung der Rohstoffexporte im Zusammenhang mit den verordneten "Strukturanpassungsprogrammen" noch den Druck auf die natürliche Umwelt. Der Ruf nach "nachhaltiger" Entwicklung wird zumindest im Norden immer lauter und verlangt eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverschwendung.

Die Verschuldung der "Dritten Welt"

Die Verschuldung der "Dritten Welt" wird zu einer immer drückenderen Last für die Bevölkerung der betroffenen Länder. 1996 überschritt die Verschuldung der "Entwicklungsländer" insgesamt bereits 21.000 Mrd. ÖS. 11) Viele Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der "Dritten Welt" fielen dem Schuldendienst dieser Länder zum Opfer. Häufig verwenden die Schuldnerländer staatliche Entwicklungshilfe-Mittel aus den Industrieländern zur Schuldentrückzahlung an die Kreditgeber im Norden. 12) Die "Strukturanpassungsprogramme" bedingten Kürzungen bei den staatlichen Ausgaben zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Diese Maßnahmen stehen allen langfristigen Bemühungen für eine menschengerechte Entwicklung entgegen.

Von der Verarmung in die Verelendung

Angeichts der sich immer mehr vertiefenden Wohlstandskluft zwischen den Industriestaaten und den meisten Ländern der "Dritten Welt" sowie der rapide zunehmenden Ungleichheit innerhalb der Regionen und "Länder des Südens" ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse für einen immer größer werdenden Teil der Weltbevölkerung ungesichert: Weltweit leidet eine Milliarde Menschen unter Mangel an Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen. Ihre Situation ist durch absolute Armut gekennzeichnet, die kein menschenwürdiges Leben mehr erlaubt. 13) Dabei sind sowohl in den Industrieländern als auch in der "Dritten Welt" Frauen in hohem Maße die Hauptleidtragenden: Sie haben nicht nur in einer wirtschaftlichen Rezession als erste die Folgen zu tragen, sondern sind auch nach wie vor in vielen Bereichen mit spezifischen Formen von Ungleichheit

und Ausbeutung konfrontiert, die in kulturellen Traditionen und ungerechten Strukturen wurzeln. Viele Frauen haben keinen entsprechenden Zugang zu den Entscheidungsstrukturen, es fehlt ihnen die Möglichkeit, ihre Anliegen durchzusetzen. Allerdings ist in letzter Zeit auch die gesellschaftliche Sensibilität für die rechtliche, politische und soziale Ungleichheit von Frauen und Männern, sowohl im Norden als auch im Süden, gewachsen.

Durch die fortschreitende Auflösung der Familienbande und die zunehmende materielle Not wird auch eine immer größere Zahl von Kindern und Jugendlichen Opfer der Ausbeutung, insbesondere in Form der Kinderarbeit und des Sex-tourismus. Die Zahl der Straßenkinder nimmt in vielen "Ländern des Südens" dramatisch zu.

Bevölkerungswachstum und Migration

Die Zunahme der Weltbevölkerung auf etwa 6 Milliarden Menschen bis zum Ende dieses Jahrhunderts und ihr Weiterwachsen auf mindestens 8 Milliarden in den nächsten drei Jahrzehnten wird sich fast ausschließlich in den Ländern des Südens vollziehen. Diese Bevölkerungsentwicklung bei gleichzeitig mangelnder Befriedigung der Grundbedürfnisse im Süden und die unverhältnismäßige Ressourcenverschwendung im Norden werden die ökonomischen, sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen noch stärker belasten. Viele Regierungen der "Dritten Welt" propagieren Programme zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, um so ihrer Meinung nach eine bessere Grundlage für die Entwicklung ihres Landes zu schaffen. Diese Maßnahmen wenden sich vor allem gegen die Fruchtbarkeit der Frauen - oft ohne deren Einverständnis und ohne Berücksichtigung ihrer Lebensbedingungen und ihres sozialen und kulturellen Umfelds. Für einen Teil der Pharmaindustrie werden Frauen im Süden außerdem zu Versuchskaninchen im Wettlauf um Märkte für neue, oft problematische Produkte.

Das wachsende Wohlstandsgefälle zwischen den Industrieländern und den Armutsregionen der Welt erhöht den Migrationsdruck vom Süden nach dem Norden und vom Osten nach dem Westen drastisch. Aber nicht nur soziales Elend, auch Kriege, Diktaturen und Umweltkatastrophen entwurzeln Millionen von Menschen. Andererseits wächst in den reichen Ländern die Tendenz, sich gegen Flüchtlinge und Asylwerber abzuschotten. Im Süden selbst, wo durch die Vertreibung von Grund und Boden sowie durch wirtschaftliche Verdrängungsmechanismen Landarbeiter und Kleinbauern zunehmend ihre Existenzgrundlage verlieren, landen immer mehr Menschen in den Städten und deren Armutsvierteln. Die bestehenden Mechanismen reichen weder zur Steuerung der

nationalen noch der internationalen Migrations- und Fluchtbewegung bzw. zur Bekämpfung ihrer Ursachen aus.

2.3. **Das Auftreten neuer nationaler und internationaler Gestaltungskräfte**

Das Versagen internationaler politischer Instanzen

Das Ende des Kalten Krieges und positive Entwicklungen in einigen Regionen der Welt (Südafrika, Naher Osten, Irland) haben die Friedenshoffnungen beflügelt. Allerdings stehen die neunziger Jahre auch im Zeichen neuentfachter Kriege, ausgelöst durch neuauftretende ethno-nationale Konflikte und ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Ursachen bzw. durch die Intervention von Drittländern. Zu den Hauptkriegsschauplätzen gehören weiterhin Länder der "Dritten Welt".

Die Beilegung einiger regionaler Konflikte und ökonomische Zwänge führten zu einer Senkung der Rüstungsausgaben der Weltmächte. Das bedeutet aber nicht, daß entschieden abgerüstet worden wäre, oder daß Maßnahmen zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Herstellung ziviler Güter gesetzt worden wären.

Während im wirtschaftlichen Bereich globale oder regionale Institutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, EU) ihre Wirksamkeit beweisen, haben im politischen Bereich die bestehenden Instanzen (vor allem die UNO) in der Entwicklung internationaler Mechanismen der Konfliktvorbeugung und -beilegung weitgehend versagt.

Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen

Politische Unterdrückung und der Ausschluß weiter Teile der Bevölkerung vom nationalen Reichtum stößt in den betroffenen "Ländern des Südens" zunehmend auf Widerstand, der verschiedentlich auch im Entstehen von organisierten Widerstandsbewegungen zum Ausdruck kommt. Die Bestrebungen der Herrschenden, trotzdem den Status quo aufrecht zu erhalten, haben oft Verletzungen der Menschenrechte zur Folge. Die raschere und genauere Information über Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte hat jedoch international eine zunehmende Sensibilität in diesem Bereich bewirkt. Der universelle Geltungsanspruch der politischen Menschenrechte wurde von der internationalen Staatengemeinschaft gestärkt.

Nichtregierungsorganisationen (NRO) als neue Kraft

In einzelnen "Entwicklungsländern" sind Fortschritte in der Demokratisierung und im Menschenrechtsbereich festzustellen. Insgesamt haben sich jedoch in den meisten dieser

Staaten die Möglichkeiten der Bevölkerungsmehrheit zu politischer Teilhabe und Einflußnahme kaum verbessert. Aufgrund der Unwilligkeit der Macht-Eliten, die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten, und infolge der wirtschaftlichen Liberalisierungsbestrebungen sind neue regierungsunabhängige Initiativen entstanden, die als lokale Selbsthilfe-Organisationen ihre Rechte einfordern oder auf nationaler Ebene Sprachrohr der Bevölkerung sind. Gleichzeitig verstehen sich private Entwicklungs- und Umweltorganisationen im Norden nicht mehr bloß als humanitäre Organisationen, sondern immer mehr als gesellschaftliche Gestaltungskräfte. Vieles spricht dafür, daß diese "Nichtregierungsorganisationen" auch auf internationaler Ebene zu einer dauerhaften gesellschaftlichen Kraft werden. Dies trifft besonders auf Frauenorganisationen zu, die verstärkt ihre Anliegen zur Sprache bringen.

Die Auswirkungen der Globalisierung im Kommunikations- und Wirtschaftsbereich und das Versagen politischer Instanzen haben bei einer wachsenden Zahl von Menschen eine grenzüberschreitende, ganzheitliche Sicht der Welt bewirkt. Gerade NRO - viele davon religiös motiviert - haben kreative Problemlösungen an der Basis entwickelt, die den vorherrschenden, entwicklungsfeindlichen Strukturen positive menschliche Werte wie Solidarität, Partnerschaft, Spiritualität und Verantwortung für die Schöpfung entgegenstellen. Mit Hilfe der Nord-Süd-Vernetzung von NRO werden gegen die Nord-Süd-Kooperation jener politischen und wirtschaftlichen Eliten, die ausschließlich ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen, Gegenmachtstrategien entwickelt.

Auf der internationalen Ebene wächst - nicht zuletzt aufgrund der Globalisierungsprozesse - das Bewußtsein von der "Einen Welt" mit ihren wechselseitigen Abhängigkeiten und Beeinflussungen. Es gewinnt die Einsicht an Boden, daß entscheidende Schritte zur gebotenen Veränderung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Menschen in der "Dritten Welt" nicht nur im Süden, sondern auch im Norden gesetzt werden müssen. Bis jetzt ist es allerdings noch immer eine Minderheit, die die Entwicklungen unter diesem Blickwinkel sieht und zu ändern sucht.

2.4 Weltanschaulicher Wandel

Die mediengelenkte Gesellschaft

Die neuen Medien haben die Welt grundlegend verändert. Sie ermöglichen einerseits den für den Aufbau jeder Zivilgesellschaft notwendigen Informationsfluß, haben aber auch

eine Verarmung in der persönlichen Kommunikation zur Folge. Fast durchwegs dienen sie als Vehikel für den Siegeszug der westlichen Konsumgesellschaft. Dazu kommen die Defizite einer Ein-Weg-Kommunikation vom Norden nach dem Süden, die die kulturellen Werte und Wünsche der Menschen im Süden verändert. Weltweit gleichen sich Denk- und Konsummuster, Medieninhalte und Informationsstandards, Lebensweisen und Arbeitsformen an.

Orientierungslosigkeit und kulturelle Entwurzelung

Die zunehmende Sinnkrise in Form der gegenwärtigen Orientierungslosigkeit auf kulturellem, aber auch auf religiösem Gebiet prägt die Menschen der Industrieländer, während in der "Dritten Welt", besonders in ihren Megastädten, der Prozeß der kulturellen Entwurzelung vieler Menschen zum Verlust gemeinschaftlicher Identitäten führt. Gesellschaftsbezogene ethische Utopien, insbesondere die Idee der universellen Verantwortung, werden in Frage gestellt. Entsolidarisierung, Vereinzelung und Vereinsamung sind weltweite Phänomene geworden.

Allerdings gibt es im Süden bereits Anzeichen eines Gegen-trends: Gestützt von einem erstarkenden Selbstbewußtsein, werden sich in diesem Teil der Welt immer mehr Menschen ihrer kulturellen Wurzeln bewußt. Gestern wie heute schöpfen die Armen aus ihren Kulturen, Lebensweisen, Wertsystemen, Traditionen und Glaubensinhalten die Kraft zum Überleben, zur Verteidigung ihrer Identität, zur Selbstorganisation, zum sozialen und politischen Engagement. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des interkulturellen und auch interreligiösen Dialogs wächst auch im Norden.

Religion und neue Religiosität

Angesichts der grundsätzlichen Krise der Moderne suchen viele Menschen nach Orientierung jenseits des weithin nur ökonomisch und materiell verstandenen Fortschrittsglaubens und nach Bindungen in neuen Sinn- und Gemeinschaftsbezügen. Dabei stellt sich die Frage der Religion und der Religiosität neu. Fundamentalistische Strömungen und neue religiöse Bewegungen treten immer mehr neben die traditionellen religiösen Institutionen bzw. erfassen sie. Der ökumenische, der interreligiöse und der interkulturelle Dialog über Möglichkeiten zur friedlichen Lösung der Menschheitsfragen wie soziale Gerechtigkeit, Frieden und Verantwortung für die Schöpfung steckt noch in den Anfängen.

Von der "Westkirche" zur Weltkirche

Was die Katholische Kirche betrifft, so wurde sie sich mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil verstärkt ihres Wesens als Weltkirche bewußt. Trotz der jahrhundertelangen engen Verbindung von Kolonialinteressen und christlicher Mission

wurden seither die ehemaligen "Missionsländer" immer mehr die Träger ihrer eigenen Evangelisierung. Die Voraussetzungen für diesen Übergang wurden durch das theologische Prinzip der Inkulturation und die Wiederentdeckung der Ortskirchen als konstituierende Elemente und Ausdrucksformen der weltumspannenden Kirche geschaffen. In einem epochalen Umbruch wandelt sich die Katholische Kirche von einer kulturell monozentrierten Glaubensgemeinschaft europäischer Prägung zu einer kulturell polyzentrischen Weltkirche.

In der Katholischen Kirche vollzieht sich eine zahlenmäßige Schwerpunktverlagerung vom Norden in den Süden. Am Ende des Jahrtausends werden zwei Drittel der Katholiken in der "Dritten Welt" leben. Durch diese Verlagerung wird die Katholische Kirche aber auch immer mehr eine Kirche der Armen und der kulturell "Anderen". Der Umbruch der Weltkirche ist mit zwei pastoralen Optionen verbunden:

- * der **Option für die Anderen** in ihrem Anderssein und einer Kirche, die sich in die verschiedenen Kulturen inkulturiert;
- * der **Option für die Armen**, die die politische Praxis der Solidarität mit den Armen nach sich zieht.

Der nachkonziliare Aufbruch der Weltkirche dokumentiert sich nicht allein im wachsenden Selbstbewußtsein der Kirche in der "Dritten Welt" und in ihrer Entwicklung eigener pastoraler Konzepte und eigenständiger theologischer Reflexion. Die Ortskirchen der "Dritten Welt" entwachsen auch ihrer bisherigen Rolle als bloße Empfängerinnen und werden zu Gebenden in wechselseitigen Lern- und Austauschprozessen zwischen den Ortskirchen des Nordens und Südens.

2.5 Österreich und die "Dritte Welt"

In den siebziger Jahren rückte die "Dritte Welt" neben Frieden und Ökologie verstärkt in das Bewußtsein der Österreicherinnen und Österreicher. Nicht zuletzt durch die weltkirchliche und entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit kirchlicher und nicht-kirchlicher "Dritte Welt"-Organisationen wurde das globale Denken in weite Kreise der Bevölkerung getragen. In vielen Gruppen, aber auch bei Einzelpersonen, wuchs die Bereitschaft zum Teilen und zu einem solidarischen Lebensstil. Zusätzlich zu den kirchlichen Hilfswerken übernahmen immer mehr Pfarr-, Selbststeuerungs- und Solidaritätsgruppen Projektpartnerschaften oder knüpften direkt Kontakte zu Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien bzw. zu Studierenden aus der "Dritten Welt" und zu Flüchtlingen, die in Österreich Schutz suchten.

Dadurch wuchs das Bewußtsein des Zusammenhangs zwischen den Entwicklungen im Norden und im Süden weiter. Neben die karitativen und entwicklungspolitischen Maßnahmen in den "Entwicklungsländern" trat verstärkt der Einsatz für die Anliegen der "Dritten Welt" in Österreich selbst. Trotz einer verstärkten Bildungs- und Informationsarbeit sowie Anwaltschaft und Lobbyarbeit wurde aber die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher noch nicht für eine aktive Solidarität mit den Menschen in den "Entwicklungsländern" gewonnen. Vielmehr schwächte sich durch die Verlagerung des weltpolitischen Interesses in europäische Konfliktzonen, durch die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme, durch die Vorgänge in Osteuropa und durch die Neugestaltung Europas in den neunziger Jahren auch in Österreich das Interesse für die "Dritte Welt" zusehends ab.

Die Programm- und Projekthilfe des österreichischen Staates für die "Dritte Welt" sinkt seit 1993 im Verhältnis zum Bundeshaushalt. 14)

3. WELCHE Grundsätze wir haben: Entwicklungspolitische Leitgedanken

3.1 Das Ziel der Entwicklung

Das Ziel der Entwicklung ist ein "Leben in Fülle" für jeden Menschen und für alle Menschen. Dazu gehören das Verfügen über das Lebensnotwendige, das Freisein von jeglicher Unterdrückung, die Erkenntnis und das Wissen um die Würde und die Ziele seines Lebens, die Fähigkeit und Möglichkeit, sein Leben selbst zu gestalten und das Leben in der Gemeinschaft mitzubestimmen, sowie die Freiheit und die Öffnung auf das Absolute hin. 15)

Für uns steht der Mensch im Zentrum aller Entwicklungsbestrebungen. Menschen können nicht entwickelt werden, sie können sich nur selbst entwickeln. Aufgabe der Gesellschaft ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb derer Entwicklung möglich wird.

Das Ziel des entwicklungspolitischen Handelns ist für uns, Hemmfaktoren abzubauen und Freiräume zu schaffen, um damit besonders die Entwicklungschancen der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in der "Dritten Welt" - aber auch in den Industrieländern - zu verbessern.

3.2 Der koordinierte arbeitsteilige Ansatz

Unsere Zusammenarbeit mit der "Dritten Welt" geht von einer ganzheitlichen Sicht des Menschen aus, in der die

spirituelle und die materielle Dimension untrennbar zusammengehören. Ungeachtet dessen kann in der konkreten Arbeit die Setzung eigenständiger Schwerpunkte sinnvoll sein. Durch unsere Maßnahmen darf keinerlei Druck - auch kein religiös motivierter - ausgeübt werden.

Einige unserer Mitgliedsorganisationen haben sich für eine Arbeitsteilung zwischen pastoraler Zusammenarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe entschieden. Dieser unterschiedliche Ansatz hat keine theologischen, sondern rein praktische Gründe. Er befähigt die betreffenden Organisationen, ihre Unterstützung noch konzentrierter, spezialisierter und damit noch qualifizierter und professioneller zu leisten. In der Koordinierungsstelle bemühen wir uns um eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisationen untereinander.

3.3 Das Konzept einer "nachhaltigen Entwicklung"

Für uns kommen nur Entwicklungskonzepte in Frage, die die Mängel herkömmlicher Wachstumsstrategien vermeiden. Insbesondere orientieren wir uns am Konzept einer "nachhaltigen Entwicklung" (sustainable development), die die Bedürfnisse in der Gegenwart befriedigt, ohne jedoch künftigen Generationen die Lebensgrundlagen zu entziehen. Entwicklungsmaßnahmen, an denen wir uns ideell und materiell beteiligen, dürfen nur unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte gesetzt werden. Es geht darum, Entwicklung so zu gestalten, daß sie sowohl für den Menschen als auch für die Umwelt verträglich ist. Dazu gehört ein Handeln aus der Einsicht, daß Wirtschaftswachstum Grenzen hat und nicht automatisch mit einer Steigerung der Lebensqualität gleichzusetzen ist.

Wir wollen gemeinsam mit anderen laufend nach Entwicklungskonzepten suchen, die eine menschenwürdige Entwicklung für alle, im Süden wie im Norden, gewährleistet.

3.4 Gleichwertigkeit von Frau und Mann

Wir bekennen uns zur Gleichwertigkeit von Frau und Mann. Frauen leisten einen unentbehrlichen Beitrag in Familie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, mehr noch, ihre Art des Umgangs mit Menschen und Ressourcen sind wegweisend für die (Überlebens-)Strategien der Zukunft. In der Praxis der sozialen Beziehungen stehen aber das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern und die oft untergeordnete Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft der Anerkennung der Gleichwertigkeit entgegen. Damit aber die Gleichwertigkeit von Frau und Mann besser in die Praxis umgesetzt werden kann, müssen Bedürfnisse und langfristige Interessen aller Beteiligten identifiziert werden. Dazu

gehört auch eine Analyse des sozio-kulturellen Umfeldes, das die unterschiedlichen Rollen von Frauen und Männern in der konkreten Situation bestimmt.

3.5 **Hilfe zur Selbsthilfe**

Von Anfang an will kirchliche Entwicklungszusammenarbeit wesentliche Unterstützung der Selbsthilfe sein. Sie soll die Armen befähigen, ihre Anliegen und Vorstellungen selbst mit Nachdruck vorbringen zu können, selbst stark genug zu werden, um die notwendigen Veränderungen durchzusetzen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Selbsthilfe geht von der Einsicht aus, daß die Veränderung der Zustände nicht vorrangig durch ausländische Hilfe, sondern vor allem durch eigenes Handeln erreicht werden kann. Selbsthilfeorientierte Entwicklung sollte durch die Erfahrung gemeinschaftlichen Handelns vom Projekt zum Prozeß und zur sozialen Bewegung führen.

3.6 **Handeln aus der Kraft der Gewaltfreiheit**

Entwicklung geht häufig nicht ohne gesellschaftliche und soziale Konflikte vor sich. Aktionen, die von christlichen Gemeinden, Gruppen oder Einzelpersonen gesetzt werden, sind der Gewaltfreiheit Jesu verpflichtet, wobei auf der Suche nach der Versöhnung auch mit Anhängern des bewaffneten Kampfes ein Dialog geführt werden muß. Gewaltfreiheit ist ein Lebensprinzip, das in allen Lebensbereichen die Anwendung von Gewalt zur Lösung von Konflikten ablehnt. Sie ist für uns keine passive oder neutrale Haltung, sondern aktive Parteinahme für die Armen mit dem Ziel, das Böse und die Ungerechtigkeit in der Welt auszumerzen oder zumindest zu verringern.

Ziel gewaltfreier Aktionen ist die Überwindung von Unrecht und nicht die Verletzung oder Vernichtung des "Gegners". Die Methoden der gewaltfreien Aktion sind die Analyse des Konflikts, der Dialog, die Überzeugungsarbeit, der gewaltfreie Protest, die Verweigerung von Zusammenarbeit sowie schließlich der zivile Ungehorsam, d.h. eine bewußte, von Verantwortung getragene Übertretung von Gesetzen, die internationalen Standards und vor allem der Menschenwürde widersprechen.

3.7 **Partnerschaft, Partizipation und Subsidiarität**

In der Entwicklungszusammenarbeit sind Partnerschaft und Partizipation die Gegenbegriffe zu bloß paternalistischer oder assistentialistischer Hilfe. Sie zielen darauf ab, die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Armen von aller Bevormundung und Besserwisserei wie auch von passiven Empfängermentalitäten freizuhalten. Dezentra-

lisierung, demokratische Entscheidungsprozesse und Transparenz zählen zu ihren Kennzeichen.

Sowohl die Arbeit im Norden wie im Süden als auch die Zusammenarbeit zwischen beiden soll dem Grundsatz der Subsidiarität folgen: Was der einzelne oder eine kleine Gemeinschaft aus Eigeninitiative oder aus eigenen Kräften leisten kann, soll ihnen nicht durch die übergeordnete Einheit entzogen werden. Die größere Gemeinschaft darf und muß aber unterstützend eingreifen, wenn die kleinere die Aufgaben, die für das Wohl ihrer Mitglieder erfüllt werden müssen, nicht mehr leisten kann. 16)

3.8 Projekt- und programmorientierte Zusammenarbeit

Projekte und Programme, die von kirchlichen Organisationen gefördert werden, sollen vorrangig der Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen dienen. Sie sind so anzusetzen, daß sie nicht nur kurzfristig wirken, sondern auch die Strukturen beeinflussen, sodaß die erreichte Veränderung auf Dauer wirken kann.

Solange die derzeitigen Weltwirtschaftsstrukturen bestehen, ist die Förderung unserer Partnerinnen und Partner notwendig und sinnvoll, weil sie wenigstens im lokalen Bereich hilft, Veränderung zu initiieren. Wir sind uns bewußt, daß unsere Projektförderung nur kleinräumige Veränderungen bewirkt. Mit Blick auf die globale Situation setzen wir uns für Veränderungen im individuellen und gesellschaftlichen Bereich im Norden wie im Süden ein. Dieses Ziel kann nur durch die Kooperation mit Gruppen und Organisationen, die sich für entsprechende Veränderungen engagieren, erreicht werden.

3.9 Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit, Anwaltschaft und Lobbyarbeit

Neben unserer Förderung konkreter Entwicklungsprojekte in der "Dritten Welt" gewinnen die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit sowie Anwaltschaft und Lobbyarbeit eine immer größere Bedeutung. Es wird heute immer wichtiger, bei politischen Entscheidungen in Österreich oder in internationalen Gremien, in denen Österreich vertreten ist, die Interessen der Menschen in der "Dritten Welt" einzubringen. Dazu ist die Vermittlung von Wissen und die Förderung der Bewußtseinsbildung sowie eine darauf beruhende Einflußnahme auf Entscheidungsträger notwendig.

4. **WAS wir erreichen wollen:**

Ziele unserer "Dritte Welt"-Arbeit

In der Entwicklungszusammenarbeit

Unsere Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Arbeit, politische Menschenrechte) vor allem der Armen und Unterdrückten zum zentralen Anliegen gemacht. Das bedeutet, daß das In-die-Lage-Versetzen - die "Ermächtigung" (empowerment) - der Armen, ihre Lebensbedingungen selbst zu verbessern, und die Beeinflussung von Rahmenbedingungen gleichermaßen Ziele unserer Arbeit sein müssen.

Wir arbeiten für die Stärkung der Selbstbestimmung, der Organisation und der rechtlichen und gesellschaftlichen Position der Frauen sowie die Veränderung des frauenbenachteiligenden Geschlechterrollen-Verständnisses.

Daneben verlangt auch die Situation der Kinder und Jugendlichen weltweit ein verstärktes Eintreten für ihren erhöhten Schutz, die Durchsetzung ihrer Rechte und die Förderung ihrer Lebenschancen.

Die fortdauernde Diskriminierung und Lebensbedrohung der Nachkommen der Ureinwohner und ethnischen Gruppen erfordern ebenfalls Schutzmaßnahmen und eine wirksame Minderheitenförderung, damit sie ihre soziokulturelle Eigenständigkeit bewahren und ihr traditionelles Erbe pflegen können.

In der Katastrophen- und Nothilfe

Katastrophen- und Nothilfe soll das Überleben der von Naturkatastrophen und kriegerischen Ereignissen Betroffenen ermöglichen. Sie fördert den Wiederaufbau, gewährleistet die Rehabilitation und hat nach Möglichkeit auch die langfristige Vermeidung zukünftiger Katastrophen im Blick. Dabei sollen die Ursachen in ihren Wurzeln bekämpft und die von der Not Betroffenen zur Selbsthilfe ermächtigt werden.

In der pastoralen Zusammenarbeit

Das Hauptziel unserer pastoralen Zusammenarbeit ist der geschwisterliche Austausch auf materieller, personeller und inhaltlicher Ebene. Durch unsere pastorale Zusammenarbeit soll eine möglichst umfassende Mitwirkung und Beteiligung aller Gläubigen am Leben der Kirche ermöglicht werden.

Den Ortskirchen der "Dritten Welt" soll durch unseren Beitrag ermöglicht werden, ihren pastoralen Auftrag zunehmend aus eigenen Kräften erfüllen zu können. Die einheimischen Ortskirchen müssen in ihrem Bestreben nach

Eigenständigkeit im finanziellen, personellen und kulturellen Bereich unterstützt werden. Insgesamt wollen wir zu einem Lastenausgleich im Rahmen der Weltkirche beitragen.

Wir wollen den Dialog zwischen unserer Ortskirche und den Schwesterkirchen in der "Dritten Welt" fördern und dazu beitragen, daß der kulturelle und pastorale Reichtum des Südens in Österreich bewußt gemacht und zur Verlebendigung unserer eigenen Ortskirche eingebracht wird. Netzwerke zwischen den Ortskirchen und im ökumenischen Raum sollen gestärkt werden (z.B. Weltgebetstag der Frauen, Konziliarer Prozeß).

In Bildungs- und Informationsarbeit sowie Anwaltschaft und Lobbyarbeit

Unsere Bildungs- und Informationsarbeit will das Bewußtsein fördern, Teil einer Weltgesellschaft und einer Weltkirche zu sein.

Sie will dazu motivieren, für die Verwirklichung einer gerechteren Weltordnung und für die Ermöglichung eines spirituell-religiösen Lebens Mitverantwortung zu tragen. Daraus soll eine Bereitschaft zu solidarischem Handeln erwachsen. Durch gemeinsames politisches Engagement (Anwaltschaft/Lobbyarbeit) soll den Anliegen der Benachteiligten aus dem Süden mehr Gewicht verliehen werden.

Unter diesen Oberzielen sollen erreicht werden:

- * ein vermehrtes Wissen über und Verständnis für das Leben und den kulturellen wie spirituellen Reichtum der Menschen in den "Entwicklungsländern";
- * die Begegnung verschiedener Kulturen und damit ein Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit;
- * das Wissen über Unrechtsstrukturen und deren Auswirkungen auf das Leben der Armen im Süden;
- * das Wissen und die Einsicht, daß Armut und Unterdrückung vielfach ihre Ursachen in unserem Lebensstil und Wirtschaftssystem haben;
- * das Erkennen der Konsequenzen der Option für die Armen für unsere Lebensweise und unser Handeln;
- * eine Sensibilisierung für das Leid von Katastrophenopfern und für die Notwendigkeit solidarischen Handelns;
- * die Bildung von Solidargemeinschaften (z.B. "Dritte Welt"- bzw. "Eine Welt"-Gruppen in Pfarren, Selbstbesteuerungsgruppen);
- * die Thematisierung der Entwicklungs- und Pastoralzusammenarbeit in Gesellschaft und Kirche;
- * die Überwindung der herkömmlichen Einbahn-Beziehungen vom Norden nach dem Süden;
- * die Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Grundsätze und Zielvorstellungen der Katholischen Kirche in Österreich und ihrer Partner in der "Dritten Welt" durch

die Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens in Österreich.

5. WIE wir es erreichen wollen: Maßnahmen unserer "Dritte Welt"-Arbeit

5.1 Maßnahmen in Österreich:

In der Mittelaufbringung und der Projektarbeit

- * Durch das Sammeln von Spenden in Kirchen und in der Öffentlichkeit werden wir uns weiter um das Aufbringen von Mitteln für die kirchliche Entwicklungs- und Pastoralzusammenarbeit sowie für die Katastrophenhilfe bemühen.
- * Wir werden weiter auf die Verwirklichung der "Selbstbesteuerung" drängen, wie sie von den diözesanen Synoden sowie vom Österreichischen Synodalen Vorgang beschlossen bzw. empfohlen wurde (zumindest je 1 Prozent des Budgets von Diözesen und anderen kirchlichen Wirtschaftskörpern für Entwicklungs- und Pastoralförderung in der "Dritten Welt"). 17)
- * Als freiwillig übernommene Selbstverpflichtung wollen wir noch mehr Transparenz hinsichtlich der Spendenaufbringung, der Mittelverwendung und der Organisationsstrukturen erreichen.
- * Wir lassen uns bewußt auf Lernprozesse und die systematische Umsetzung ihrer Ergebnisse ein, um aus gelungener und auch mißlungener Projektarbeit neue Erkenntnisse für die künftige Zusammenarbeit gewinnen zu können.
- * Unsere Projektbearbeitung, -abwicklung und -evaluierung soll weiter professionalisiert werden, um unsere Verantwortung den Partnerinnen und Partnern und Spenderinnen und Spendern gegenüber wahrzunehmen. Dafür sind aus den Sammelergebnissen entsprechende Mittel bereitzustellen.
- * Bei der Ausbildung von österreichischem Personal für den Einsatz in der "Dritten Welt" geht es uns neben der fachlichen Qualifikation auch um eine Ethik, die den Einsatz vorrangig als Dienst am Nächsten sieht.
- * Wir beabsichtigen eine verstärkte Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen, sowohl was den entwicklungs-politischen Dialog als auch die Kofinanzierung von Projekten betrifft.
- * Im Dialog mit unseren Partnerinnen und Partnern werden wir inhaltliche und geographische Arbeitskonzepte über einen längeren Zeitraum hinaus entwickeln; sie können die Konzentration auf inhaltliche bzw. Länderschwerpunkte einschließen.
- * Wir wollen untereinander die Arbeit besser koordinieren und vermehrte Überlegungen anstellen, wie die Zusammenarbeit im Rahmen der Koordinierungsstelle strukturell

weiterentwickelt werden kann, um unsere Bemühungen noch effektiver und den Anforderungen entsprechend zu gestalten.

- * Wir fördern eine Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften im Rahmen der Studienförderung für Studentinnen und Studenten aus der "Dritten Welt".
- * Wir bemühen uns um eine kritische, konstruktive Bewertung der Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit staatlicher Stellen, der Kirchen und der Nichtregierungsorganisationen sowie um die Information der Öffentlichkeit.
- * Wir treten für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Arbeitsteilung zwischen den staatlichen Stellen für Entwicklungszusammenarbeit und den Nichtregierungsorganisationen ein.
- * Uns geht es schließlich auch um die Förderung und Propagierung des fairen Handels mit den Produkten von Kleinproduzenten in der "Dritten Welt" ("Welt-Läden", TransFair, EZA usw.).

In der Bildungs- und Informationsarbeit

wollen wir uns um folgende Maßnahmen bemühen:

- * Erhöhung und kontinuierliche Bereitstellung von kirchlichen Mitteln für die Bildungsarbeit und die Anwaltschaft; dafür wollen wir schrittweise bis zu insgesamt 15 Prozent der uns zur Verfügung stehenden Mittel bereitstellen;
- * Anregung, daß andere kirchliche Initiativen (z.B. Selbstbestierungsgruppen), einen ähnlich hohen Anteil wie die Mitglieder der Koordinierungsstelle für Bildung und Anwaltschaft in Österreich aufwenden;
- * Schaffung der für die Bildungs- und Informationsarbeit notwendigen Planstellen in den Organisationen;
- * Vermehrte Pressearbeit und Medienpräsenz zu entwicklungspolitischen und weltkirchlichen Ereignissen;
- * Bildungs- und Informationsarbeit während des ganzen Jahres und nicht nur zur Begleitung einer Sammelaktion;
- * Ausbildung von zurückgekehrten Entwicklungshelferinnen und -helfern für die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit, damit sie ihre persönlichen Erfahrungen, verbunden mit Fachwissen, in Österreich weitergeben können;
- * Verstärkte Einbringung entwicklungspolitischer und weltkirchlicher Themen in Schule, außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und Verkündigung;
- * Ermöglichung von Kontakten zwischen der österreichischen Bevölkerung und in Österreich Studierenden aus der "Dritten Welt";
- * Förderung von Austausch und Begegnung mit den Menschen der "Dritten Welt", um Lebens- und Organisationsformen,

- Glaubenszeugnisse, Pastoralmodelle etc. kennenzulernen und weiterzugeben;
- * Ermöglichung von Informations- und Begegnungsreisen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Österreich, insbesondere für in der Pastoral tätige Personen;
 - * Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen wissenschaftlichen Institutionen;
 - * Kooperation und Vernetzung mit Organisationen und Einrichtungen, die in Österreich Bildungs- und Informationsarbeit in inhaltlich gleichen oder verwandten Bereichen wie Ökologie, Frieden, Menschenrechte, Frauen, Kinder, Rassismus, Minderheiten u.ä. leisten;
 - * Eröffnung konkreter Handlungsmöglichkeiten im eigenen Lebensbereich sowie in Kirche und Gesellschaft durch eine solidarische Spiritualität, einen verantwortbaren Lebensstil, informationsbegleitende Aktionen, Projektpartnerschaften, Direktkontakte, sowie durch Solidaritätserklärungen und Lobbying;
 - * Verstärkte Zusammenarbeit mit Projektpartnerinnen und Projektpartnern im Süden, den Mitgliedsorganisationen der CIDSE 18) und anderen internationalen Organisationen.

In Anwaltschaft und Lobbyarbeit

wollen wir folgende Maßnahmen setzen bzw. fortsetzen:

- * Bemühungen um verbesserte gesetzliche Grundlagen für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Österreichs;
- * Entwicklungspolitischer Dialog mit den maßgeblichen gesellschaftlichen Interessensvertretungen;
- * Eintreten für die Erreichung des von den Vereinten Nationen aufgestellten Zieles von 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen; 19)
- * Einsatz für den Ausbau der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit den Zielen der Armutsbekämpfung, der "Nachhaltigkeit" der Entwicklungsmaßnahmen und der aktiven Teilnahme der Menschen im Süden;
- * Forderung nach verstärkter Entwicklungszusammenarbeit mit jenen Ländern, die sich selbst um eine breitenwirksame sowie soziale und ökologisch verträgliche Entwicklung bemühen;
- * Schaffung von Möglichkeiten, daß legitimierte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung aus "Entwicklungsländern" ihre entwicklungspolitischen Vorstellungen, ihre Wünsche und ihre Kritik persönlich in Österreich vorbringen können;
- * Fortsetzung der Diskussion über die notwendige Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B. gerechte Austauschbedingungen auf dem Weltmarkt, Öffnung der Märkte in den Industrieländern);

- * Aktionen, die Schuldenerleichterungen für "Dritte Welt"-Länder und die Vermeidung einer Neuauf-
lage der Verschuldungsproblematik zum Ziel haben;
- * Verlangen nach Überprüfung der Sozial- und Umweltver-
träglichkeit österreichischer Investitionen und Ent-
wicklungshilfeprojekte;
- * Eintreten für die Beendigung jeder Art von Waffen-
produktion für den Export in die "Dritte Welt" sowie
für eine weltweite Abrüstung;
- * Lobbyarbeit mit dem Ziel einer widerspruchsfreien
Politik und entsprechender Förderungsmaßnahmen der
Europäischen Union zugunsten der "Dritten Welt".

5.2 Maßnahmen in der "Dritten Welt":

In der Entwicklungszusammenarbeit

- * Wir wollen einen hohen Grad an Mitwirkung und
Beteiligung der Betroffenen - von der ersten Planung
über die Umsetzung bis zur Evaluierung - gewährleisten
bzw. ermöglichen.
- * Wir wollen unseren Partner-Dialog verstärken; dazu
zählen z.B. auch gemeinsame Workshops mit Partnerinnen
und Partnern bzw. Partnergruppen.
- * Wir wollen der Selbstorganisation von Frauen und ihrem
Mitspracherecht in der Gesellschaft, vor allem in
Hinsicht auf Entwicklungsmaßnahmen, besondere Aufmerk-
samkeit und Unterstützung widmen.
- * Wir wollen die Auswirkungen unserer Projekt/Programm-
Aktivitäten auf die Stellung der Frau mit den
Partnerinnen und Partnern vom Anfang einer Zusammen-
arbeit an diskutieren und während des gesamten Arbeits-
verlaufes erfassen.
- * Unsere wirtschaftlich orientierten Maßnahmen sollen
dazu beitragen, daß die lokale Produktion für den
lokalen Markt zur Befriedigung der Grundbedürfnisse
gefördert wird.
- * Bei allen von uns geförderten Maßnahmen sollen die
ökologischen Aspekte besonders berücksichtigt werden.
- * Bei technischen Programmen und Projekten wollen wir
angepaßte und arbeitsschaffende Technologien einsetzen,
die den Arbeitenden ihre Menschenwürde erhalten bzw.
zurückgeben.
- * Ausbildungsmaßnahmen und bewußtseinsbildende Bildungs-
programme haben Vorrang vor Investitionen in materielle
Strukturen.
- * Um das Grundrecht der Menschen auf Gesundheit zu ge-
währleisten, unterstützen wir vor allem Maßnahmen der
Präventivmedizin, Basisgesundheitsprogramme und die An-
wendung bewährter traditioneller Heilmethoden in der
Kurativmedizin.
- * Wir bauen auf gewaltfreie Methoden zur Beseitigung von
Unrechtszuständen und unterstützen keine Maßnahmen, bei

denen Waffen eingesetzt werden oder physische Gewalt gegen andere angewandt wird.

- * Wir wollen das Menschenrechtsengagement verstärken. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Unterstützung diskriminierter oder verfolgter Minderheiten.
- * Zur Stärkung der Problemlösungsfähigkeit und Selbstbestimmung der Partnerinnen und Partner im Süden setzen wir uns für den Abbau paternalistischer Hilfestrukturen und für den Aufbau von eigenen Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit im Süden ein.
- * Wir führen Personaleinsätze von Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern in Programmen und Projekten durch, in denen einheimische Fachleute nicht zur Verfügung stehen. Wir wollen aber auch verstärkt einheimisches Personal zeitlich begrenzt finanzieren.
- * Wir streben eine Vernetzung und Koordination unserer Partnerinnen und Partner untereinander und mit anderen Gruppen und Organisationen an, denen die Erweiterung der traditionellen Nord-Süd-Beziehungen durch eine verstärkte Süd-Süd-Zusammenarbeit ein besonderes Anliegen ist.

In der Katastrophen- und Nothilfe

Katastrophenhilfe kommt vorzugsweise Menschen zugute, die die Situation nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Wir wollen u.a. folgende Maßnahmen setzen bzw. dabei beachten:

- * Die Organisation und Koordination der Hilfsaktionen obliegen in erster Linie den Partnerinnen und Partnern vor Ort. Erforderlichenfalls kann in Absprache mit diesen auch Personal aus Österreich eingesetzt werden.
- * Wir ergreifen Maßnahmen und setzen Hilfsmittel ein, die aufgrund der erhobenen Bedürfnisse der Betroffenen bestimmt werden. Dies bedeutet, daß für die Überlebenshilfe in erster Linie lokal verfügbare Hilfsgüter durch die Partnerorganisation beschafft und verteilt werden. Sind diese Güter lokal nicht oder nur unzureichend vorhanden, sorgen wir für ihre Beschaffung in Nachbarregionen bzw. -ländern oder in Österreich.
- * Von Anfang an wollen wir Hilfsgüter nur dann gratis abgegeben, wenn Eigenleistungen der Betroffenen in Anbetracht der Situation nicht erwartet werden können. Wir wollen in jedem einzelnen Fall überprüfen, ob die Mitwirkung der Betroffenen an der Beseitigung der Katastrophenfolgen am ehesten durch eine finanzielle Abgeltung, durch Nahrungsmittel oder durch den Verkauf von Hilfsgütern zu sozialen Preisen honoriert werden soll.
- * Durch unsere Maßnahmen wollen wir die Leistungsfähigkeit der regionalen Wirtschaft nicht konkur-

renzieren, sondern in angemessener Weise berücksichtigen.

- * Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Koordination mit den Tätigkeiten anderer Hilfswerke und Organisationen, die im gleichen Aktionsgebiet engagiert sind.
- * In unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir schnell, transparent und wahrheitsgetreu informieren. Wir wollen durchaus auch Probleme zur Sprache bringen, um glaubwürdig zu bleiben.

In der pastoralen Zusammenarbeit

- * Für den Aufbau von Gemeinden und für die Aus- und Weiterbildung einheimischer Priester, Ordensleute und Laienkräfte wollen wir durch personelle und materielle Hilfe entsprechende Möglichkeiten schaffen. Besonders soll die theologisch-pastorale Ausbildung von Laienmitarbeiterinnen und -mitarbeitern gefördert werden.
- * Wir wollen die Mitarbeit von österreichischen Priestern, Ordensleuten und Laienkräften als Zeichen geschwisterlicher Solidarität und zur Förderung des lebendigen zwischenkirchlichen Austausches unterstützen. Sie stellen sich in den Dienst der Ortskirchen, anerkennen diese als Hauptträger der Evangelisierung und arbeiten mit ihnen im Rahmen ihrer pastoralen Prioritäten.
- * Theologische und pastorale Neuansätze, die in den Ortskirchen auf dem Hintergrund der jeweiligen sozialen, kulturellen und religiösen Tradition entstehen, wollen wir gezielt fördern, weil wir darin den Weg zu einer tieferen Erschließung des Evangeliums und eine Bereicherung für die Weltkirche sehen.
- * Wir unterstützen die Ortskirchen bei der Erarbeitung von Bibelübersetzungen sowie katechetischen und pastoralen Behelfen, die die Menschen unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten befähigen, ihr Leben im Geist des Evangeliums zu gestalten.
- * Materielle Strukturen (Gebäude und ihre Einrichtungen) müssen immer im Dienst an konkreten Menschen und an ihrer ganzheitlichen Entfaltung stehen.
- * Angesichts des Umstandes, daß riesige Gebiete oft nur von einem einzigen Priester, einer Schwester, einer Laienmitarbeiterin oder einem Laienmitarbeiter betreut werden, wollen wir Hilfsmittel für die Mobilität des kirchlichen Personals zur Verfügung stellen.
- * Wir wollen zu einem weltweiten Finanzausgleich zwischen den einzelnen Ortskirchen beitragen, um so den laufenden Haushalt der Diözesen der "Dritten Welt" zu sichern. Wir wollen aber auch nach Maßgabe unserer Möglichkeiten danach trachten, daß es im Süden nicht zu neuen Ungleichgewichten zwischen unterstützten und

daher "reicherer" und isolierten und daher besonders armen Diözesen und Pfarren kommt.

6. MIT WEM wir zusammenarbeiten:

Die Partnerinnen und Partner unserer "Dritte Welt"-Arbeit

Partnerinnen und Partner als Träger ihrer Entwicklung

Wir arbeiten mit organisierten Gruppen von Frauen und Männern zusammen, die das Elend, die Ausgrenzung und die Armut bekämpfen und sich gewaltfrei für Frieden, Gerechtigkeit und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung einsetzen. Unser Angebot steht grundsätzlich allen Menschen guten Willens offen, unabhängig von Rasse, Geschlecht und Religionszugehörigkeit. Unsere Partnerinnen und Partner sollen eine paternalistische Vorgangsweise gegenüber den Zielgruppen vermeiden und im Rahmen der gegebenen Bedingungen möglichst professionell arbeiten.

Wir nehmen unsere Partnerinnen und Partner als eigenständige Träger ihrer Entwicklung ernst und sind uns bewußt, daß wir die Betroffenen vor Ort nur punktuell bei der Lösung ihrer Probleme unterstützen können.

Partnerschaft beruht auf gemeinsamen Zielvorstellungen, die im Dialog konkret ausgestaltet werden müssen. Wichtige Kriterien dafür sind für uns die Wirksamkeitsorientierung im Sinne der Armutsminderung sowie die entwicklungspolitische Effektivität. An ihnen hat sich sowohl das Handeln unserer Partnerinnen und Partner im Süden als auch die Förderpraxis der Organisationen der Katholischen Kirche in Österreich zu bewähren.

Katholische Ortskirchen

Als Hilfswerke der Katholischen Kirche sehen wir in den Ortskirchen (Bischöfe, Priester, Ordensleute und Laienchristen) vorrangige Partnerinnen unserer Zusammenarbeit. Ihre Entwicklungs- und Pastoralprogramme sind zentraler Bezugspunkt für unsere Maßnahmen, auch wenn dies unter Umständen einen für beide Seiten mühsamen Dialog mit sich bringt. In der Förderung pastoraler und missionarischer Anliegen kooperieren wir eng mit den offiziellen kirchlichen Stellen.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Entwicklungs- und Pastoralzusammenarbeit bedeutet für uns aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften. 20) Für uns ist der interreligiöse und interkulturelle Dialog ein wichtiges Anliegen.

Nichtregierungsorganisationen und öffentliche Stellen in der "Dritten Welt"

Unsere Partnerinnen und Partner in der Zusammenarbeit sind vorrangig organisierte Gruppen, Gemeinschaften und Institutionen, die sich als Nichtregierungsorganisationen verstehen. Sie streben soziale Veränderungen gewaltfrei an und beteiligen die Betroffenen an den Entscheidungsprozessen. Wir sind aber auch zur Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen bereit, wo sich dies aufgrund der besonderen Umstände als sinnvoll erweist.

Öffentliche Stellen in Österreich und internationale Organisationen

Wir bemühen uns um eine gute Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen in Österreich, die für die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden zuständig sind, weiters mit der Europäischen Union und mit anderen internationalen Einrichtungen. Die Ergebnisse einer solchen Zusammenarbeit dürfen diesen Leitlinien nicht widersprechen. Auch darf durch unsere Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen in Österreich unsere Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Wir streben für die Projekte unserer Partnerinnen und Partner eine Kofinanzierung mit Bund und Ländern in Österreich an. Dabei betrachten wir uns nicht als Subventionsempfänger, sondern als Vermittler von finanziellen Förderungen an Partnerorganisationen im Süden. Wir erfüllen damit eine Funktion, die der österreichische Staat bzw. die EU nicht unmittelbar erfüllen kann.

Nichtregierungsorganisationen in Österreich

Die kirchlichen Organisationen im Bereich der Entwicklungs- und Pastoralzusammenarbeit sowie der Katastrophenhilfe, die sich in der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz zusammengeschlossen haben, verstehen sich als Nichtregierungsorganisationen.

Bei unseren Tätigkeiten im eigenen Land wollen wir mit allen Menschen zusammenarbeiten, die sich wie wir gegen Hunger, Armut, Ausgrenzung und Unterdrückung einsetzen. Wir bemühen uns auch um eine verstärkte Vernetzung und Koordination mit allen kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen, die in gleichen oder ähnlichen Bereichen tätig sind, allein schon deswegen, weil viele Ziele nur gemeinsam erreicht werden können.

7. WAS wir von uns selbst erwarten: Anforderungen an uns und unsere Arbeit

Als Teil der Kirche wollen wir für gerechtere und menschenwürdigere Lebensbedingungen eintreten und an einer Um- und Neugestaltung der Gesellschaft mitarbeiten, ohne uns von Ideologien und parteipolitischen Interessen vereinnahmen zu lassen. Eine reiche und privilegierte Kirche kann jedoch nicht glaubwürdig eine vorrangige biblische Option für die Armen verkünden. Eine freigewählte, "evangelische" Armut sollte deshalb zu einem Kennzeichen der Kirche selbst werden. Zurecht wird dabei auch von uns erwartet, Pioniere auf dem Weg zur Entwicklung und praktischen Erprobung eines neuen Lebensstils zu sein.

Wenn wir uns als Anwälte der Armen und zusammen mit ihnen einsetzen und unsere Gesellschaft an die Komplizenschaft mit den Reichen und Mächtigen erinnern, dürfen wir nicht mit Beifall rechnen. Wir müssen den Konflikt riskieren und uns in die Gestaltung der weltlichen Ordnung immer wieder einmischen, ob gelegen oder ungelegen.

In unserem entwicklungspolitischen Handeln wollen wir uns darum bemühen, daß wir nicht durch unser Wirken in der "Dritten Welt" unsere eigenen Werte und Vorstellungen über fremde Kulturen stülpen und diese ersticken. Wir wollen uns in der Kooperation mit Menschen anderer Kulturen selbst zurücknehmen: nicht nur, um das "zuzulassen", was an kultureller Differenz und Andersartigkeit einer menschenwürdigen Entwicklung nicht entgegensteht, sondern ebenso, um von unseren Partnerinnen und Partnern zu lernen. Wir betrachten es auch als Verpflichtung, unsere Zusammenarbeit transparent für die Ortskirchen durchzuführen.

Von unseren Partnerinnen und Partnern dürfen wir grundsätzlich nichts verlangen und erwarten, worum wir uns selbst nicht ernsthaft bemühen. Dazu gehört aus Verantwortung gegenüber unseren Spendern auch die genaueste Rechenschaft über die Verwendung der Mittel, die uns anvertraut wurden. Wir sind bereit, den eigenen Weg der Partnerinnen und Partner zu respektieren und die Formen und Inhalte der Zusammenarbeit nur im Dialog gemeinsam festzulegen. Andererseits können wir Praktiken wie Korruption, Vetternwirtschaft und mißbräuchliche Verwendung von Spendengeldern weder bei uns noch im Empfängerland tolerieren.

Wir wollen alles daransetzen, um unsere eigenen Anstrengungen zugunsten der Leidenden und Marginalisierten in der "Dritten Welt" quantitativ und qualitativ noch zu verbessern. Dabei sind wir uns bewußt, daß die Wirksamkeit selbst eines Maximums an ideeller und materieller Unterstützung der "Dritten Welt" durch uns, unsere Mitgliedsorganisationen sowie durch Politik, Kirche und Gesellschaft in Österreich immer nur begrenzt sein kann. Gerade das aber ist für uns nicht Grund zur Resignation, sondern eine

Herausforderung, der wir uns immer wieder stellen wollen. Maßgeblich für die Beurteilung des Erfolges unserer Bemühungen ist nicht allein das Spendenaufkommen oder die Anzahl von Projekten und Programmen, sondern auch und nicht zuletzt, was an Strukturveränderungen zugunsten der "Entwicklungsländer" durchgesetzt worden ist.

Anhang 1

Fußnoten

- 1) "In der Tat war das Evangelium in der Geschichte, auch der profanen, den Menschen ein Ferment der Freiheit und des Fortschritts ..." (Ad gentes Nr.8, siehe auch GS Nr.42, Gal 5,1 und 5,13)
- 2) EN Nr.6
- 3) SHB Nr.52
- 4) RM Nr.19/20
- 5) PP Nr.12, TMA, Nr.35
- 6) EN Nr.20
- 7) Sto.Domingo Nr.299, EA Nr.59
- 8) RN - Über die Arbeiterfrage, Leo XIII., 1891
- 9) SRS Nr.36/37
- 10) SRS Nr.38-40
- 11) World Bank: World Debt Tables 1996, S 192
- 12) World Bank: World Debt Tables 1996, S 192
- 13) UNDP: Human Development Report 1996, S 17 ff
- 14) ÖFSE: Österr.Entwicklungspolitik 1996 Nr.31
- 15) Vergleiche "Entwicklungspolitik", 1980, Nr.29
- 16) QA Nr.79
- 17) ÖSV II, 2.3.7 Beschluß (31)
- 18) CIDSE = Internat. Arbeitsgemeinschaft der katholischen Entwicklungshilfe-Organisationen Europas und Nordamerikas
- 19) SHB Nr.101, ÖSV II, 2.3.13 Appell
- 20) SRS Nr.32

Anhang 2

Sozialdokumente der Kirche *)

- Rerum novarum (RN)** - Über die Arbeiterfrage (Leo XIII.), 1891
Quadragesimo anno (QA) - Über die Gesellschaftsordnung (Pius XI.), 1931
Mater et magistra - Über die jüngsten Entwicklungen des gesellschaftlichen Lebens (Johannes XXIII.), 1961
Pacem in terris - Über den Frieden unter allen Völkern (Johannes XXIII.), 1963
Gaudium et spes (GS) - Über die Kirche in der Welt von heute (II. Vatikanisches Konzil), 1965

- Octogesima adveniens** - Zum 80. Jahresgedächtnis (Paul VI.), 1971
- Laborem exercens** - Über die menschliche Arbeit (Johannes Paul II.), 1981
- Sollicitudo rei socialis (SRS)** - Über die soziale Sorge der Kirche (Johannes Paul II.), 1987
- Centesimus annus** - Zum hundertsten Jahrestag von Rerum novarum (Johannes Paul II.), 1991

Dokumente zu Entwicklung und Evangelisierung *)

- Ad gentes (AG)** - Über die Missionstätigkeit der Kirche (II. Vatikanisches Konzil), 1965
- Populorum progressio (P.P)** - Über die Entwicklung der Völker (Paul VI.), 1967
- Die Kirche in der gegenwärtigen Umwandlung Lateinamerikas.** Beschlüsse der II. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Medellin 1968
- Österreichischer Synodaler Vorgang (ÖSV).** Dokumente, 1974
- Evangelii nuntiandi (EN)** - Über die Evangelisierung in der Welt von heute (Paul VI.), 1975
- Redemptor hominis** - Über die Würde des Menschen in Christus (Johannes Paul II.), 1979
- Die Evangelisierung Lateinamerikas in Gegenwart und Zukunft.** Beschlüsse der III. Vollversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Puebla, 1979
- Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich (Entwicklungspolitik)** (Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz), 1980
- Sozialhirtenbrief der Katholischen Bischöfe Österreichs (SHB),** 1990
- Redemptoris missio (RM)** - Über die fortdauernde Gültigkeit des missionarischen Auftrages (Johannes Paul II.), 1990
- Dialog und Verkündigung** - Überlegungen und Orientierungen zum Interreligiösen Dialog (Päpstlicher Rat für den Interreligiösen Dialog), 1991
- Neue Evangelisierung (Sto.Domingo).** Beschlüsse der IV. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Santo Domingo, 1992
- Tertio millennio adveniente (TMA)** - Zur Vorbereitung auf das Jubeljahr 2000 (Johannes Paul II.), 1994
- Ecclesia in Africa (EA)** - Über die Kirche in Afrika (Johannes Paul II.), 1995

*) Die Abkürzungen des jeweiligen Titels in Klammern wurden in der Liste der Fußnoten verwendet.

Anhang 3

Liste der Personen, die sich schriftlich an der Diskussion über den Entwurf der Leitlinien beteiligt haben:

Europa

Büchele SJ, P.Herwig; Universität Innsbruck, Österreich
 Bühlmann OFMCap, P.Walbert; Kapuzinerkloster Arth, Schweiz
 Fernández de la Hoz, Paloma, Kath.Sozialakademie, Wien,
 Österreich
 Gregotsch OSCam, P.Leonard; Superiorenenkonferenz der männlichen
 Ordensgemeinschaften, Wien, Österreich
 Gruber, Franz; damals Kath.-Theolog.Hochschule Linz, Österreich
 Hartmeier, Helmut; damals ÖIE, Wien, Österreich
 Herkenrath (†), Norbert; MISEREOR, Aachen, Deutschland
 Huot, Jean-Claude; Iustitia et Pax, Bern, Schweiz
 Icking, Hermann; CIDSE, Brüssel, Belgien
 Imfeld, Al; Zürich, Schweiz
 Kaut, Bernd; MISSIO, Aachen, Deutschland
 Kinnemann, Stephan; damals Kreditanstalt für Wiederaufbau,
 Frankfurt/Main, Deutschland
 Kirchschräger, Walter; Hochschule Luzern, Schweiz
 König, Kardinal Franz; Wien, Österreich
 Kosch, Jeanine; Schweizer Fastenopfer, Luzern, Schweiz
 Kronthaler, Georg; MISSIO, Salzburg, Österreich
 Lienkamp, Christoph; ADVENIAT, Essen, Deutschland
 Linden, Ian; CIIR, London, Großbritannien
 Marc, Gabriel; Iustitia et Pax, Paris, Frankreich
 Möller, Alois; Brot für die Welt, Stuttgart, Deutschland
 Müller OFM, P.Andreas; Missionszentrale der Franziskaner, Bonn,
 Deutschland
 Obrovsky, Michael; ÖFSE, Wien, Österreich
 Odermatt, Alois; Caritas, Luzern, Schweiz
 Ott, Martin; Iustitia et Pax; Bonn, Deutschland
 Peters, Thiemo Rainer; Universität Münster, Deutschland
 Piskaty SVD (†), Kurt; Missionshaus St.Gabriel, Mödling,
 Österreich
 Poll, Arnold; Kindermissionswerk, Aachen, Deutschland
 Raffer, Kunibert; Universität Wien, Österreich
 Rottländer, Peter; MISEREOR, Aachen, Deutschland
 Rouet, Bischof Albert; Poitiers, Frankreich
 Schasching SJ, P.Johannes; Kath.Sozialakademie, Wien,
 Österreich
 Schelkshorn, Hans; Universität Wien, Österreich
 Villar, Pilar; Manos Unidas, Madrid, Spanien
 Wagner, Erzbischof Alois; Vatikan-Vertreter bei den
 internat.Org., Rom
 Weber MCCJ, Franz; Comboni Missionare, Graz, Österreich
 Weber, P. Damian; MISSIO, Freiburg, Schweiz
 Weiß, Paul; damals Pfarre Machstraße, Wien, Österreich

Afrika

Green-Thompson, Ashley; Iustitia et Pax, Pretoria, Südafrika
 Kibuywa, Sophie E.; Ordinariat Bungomo, Kenya
 Okoth, Erzbischof Zacchaeus; Erzdiözese Kisumu, Kenya
 Samba, Bischof Justin; Diözese Musoma, Tanzania
 Templeton, Peter; Catholic Welfare & Development, Kapstadt,
 Südafrika
 Udeani, Chibu; dzt. Universität Linz, Nigerien

Asien

Ambroise, Fr.Yvon; damals Caritas India, New Delhi, Indien
 Gutheinz SJ, P.Luis; Fujen Catholic University Taipei, Taiwan
 Josantony Joseph; Asian Partnership for Human Development, Hong
 Kong
 Magnis-Suseno SJ, P.Franz; Jakarta, Indonesien
 Pili, Fr.Luciano; Socio-pastoral Institute, Manila, Philippinen
 Puthanangady SDB, P.Paul; Kristu Jyoti College, Bangalore,
 Indien
 Ramirez, Mina; Asian Social Institute, Manila, Philippinen
 Van Leeuwen OFM, Gerwin; Nationales Bibelzentrum, Bangalore,
 Indien

Lateinamerika

Arns, Kardinal Paulo Evaristo; São Paulo, Brasilien
 Bernardi, Fr.Luciano; CPT, Salvador de Bahia, Brasilien
 Cardenal, P.Fernando; INEP, Managua, Nicaragua
 Cian, Juan E.,; INCUPO, Reconquista, Argentinien
 Diaz Ahumada, Jaime; PODEION, Bogotá, Kolumbien
 Gunn, Mary +Razeto Jorge; Ordinariat San Felipe, Chile
 Leutner, Herbert; (Wien), derzeit Vikariat Daule, Ecuador
 Lorscheiter, Bischof Ivo; Diözese Santa Maria, Brasilien
 Perez-Aloe, Mercedes; Diözese Colon, Panama
 Rech, Daniel +Ruiz, Evandro; CERIS, Rio de Janeiro, Brasilien
 Zambrano, Luis; Puno, Peru